

7 Tage 7 Fragen

Social Media Themenwoche zur Bundestagswahl 2021

Wir haben den vier Parteien (AFD, Bündnis90/Die Grünen, CDU und Die Linke) 7 Fragen gestellt. Die ausführlichen Antworten der Parteien auf unsere Fragen findet ihr in diesem Dokument.

Frage 1:

„Was fokussiert Ihre Partei um den ländlichen Raum für Jugendliche wieder attraktiver zu gestalten und echte Bleibeperspektiven zu schaffen?“

Antwort der AFD:

Die Afd will gleichrangige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland und daher setzen wir uns für eine Erhöhung des Finanzvolumens und der Handlungsspielräume der Gemeinden ein:

- **Kommunen stärken - Erfüllung der Pflichtaufgaben sicherstellen** (Daseinsfürsorge ist hoheitliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen und muss in öffentlicher Hand bleiben)
- **Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur** (Sicherstellung von Gesundheitsversorgung, Schulen und Kindergärten, flächendeckende Glasfaseranschlüsse und ein leistungsfähiges Funknetz)
- **Förderung von Wohneigentum** (Grunderwerbssteuer ersatzlos streichen, bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechts)
- **Landwirtschaft stärken** (Bürokratieabbau, Renationalisierung der EU Agrarpolitik, um faire Erzeugerpreise national sicherzustellen, landwirtschaftliche Existenzgründer von der Grunderwerbssteuer befreien, Praxiskonformer Pflanzenschutz)
- **Mittelstand und Familien entlasten** (Bürokratieabbau, Entschädigung der Wirtschaftssektoren, die von den Corona-Maßnahmen besonders betroffen sind; Familien entlasten durch steuerliches Familiensplitting und Anhebung des Kinderfreibetrages, Freistellung von Rentenbeiträgen in Höhe von 20.000 Euro pro Kind und vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben)

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Die Autozentrierung in der Mobilitätspolitik schränkt die Autonomie von Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne Auto besonders stark ein. Mobilität auf dem Land muss deshalb ohne Auto und barrierefrei möglich sein – an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet. Dazu braucht es eine regelmäßige, verlässliche und barrierefreie Anbindung an den ÖPNV durch eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards und den Ausbau von Radschnellwegen. Zusätzlich sollten auch Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre eingesetzt werden.

Antwort der CDU:

Das Rückgrat unseres Modernisierungsjahrzehnts ist eine gute Infrastruktur im ganzen Land. Durch die Initiative der CDU wird mit Hochdruck an Gigabit-Anschlüssen und flächendeckendem 5G gearbeitet. 15 Mrd. Euro stehen bis 2025 zur Verfügung. So wird das Arbeiten im Home Office in ländlichen Regionen gefördert. Die Dorfkernsanierung sehe ich zudem in vielen Gemeinden als Ankerpunkt. Diese muss mit Angeboten und Wohnraum für alle Altersgruppen, der Ansiedlung von Unternehmen und Startups, der Einrichtung von Co-Working-Spaces und dem Ausbau der Mehrfunktionshäuser und Dorfläden unterstützt werden. Alles soll vom Dorf- und Stadtzentrum aus erreichbar sein! Vor-Ort-Angebote, eine starke digitale Infrastruktur und gute Anbindungen müssen zusammenkommen damit wir so „Digitale Dörfer“ schaffen.

Mit der Ansiedlung von Behörden und Forschungseinrichtungen schaffen wir zudem neue qualifizierte Arbeitsplätze in ländlichen Regionen. Heimatagenturen sollen aktiv um junge Menschen werben. Das funktioniert in anderen Landkreisen bereits hervorragend. Das will ich auch bei uns im Südkreis.

Die CDU plant zudem, 5000 zusätzliche Medizinstudienplätze zu schaffen und gleichzeitig die Landarztquote über die heutige Grenze von zehn Prozent hinaus erhöhen. Auch das sichert und steigert Bleibeperspektiven junger Menschen bei uns.

Antwort Die Linke:

Wir wollen den ÖPNV ausbauen und massiv in dessen Infrastruktur investieren. Damit ländliche Regionen nicht auf den PKW angewiesen sind und eine wirkliche Alternative haben.

Frage 2:
„Mit welchen Maßnahmen möchte Ihre Partei die Flächenversiegelung so gering wie möglich halten?“

Antwort der AFD:

- Vorrang der Sanierung von Bezirken statt weiterer Flächenversiegelung durch Neubaugebiete
- Erhalt und Erweiterung von Retentionsflächen (auch zum Hochwasserschutz!)
- keine Bodenversiegelung durch Windkraftanlagen

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Die Grünen wollen Flächenversiegelung durch Bebauung so gering wie möglich halten. Nicht notwendige Bauprojekte wie z.B. der Ausbau der A3 müssen gestoppt werden. Beim Siedlungsbau muss flächensparendes Bauen und Innenentwicklung Vorrang haben, es sollte mehr hoch als breit gebaut werden. Durch eine Flächenkreislaufwirtschaft sollen neu versiegelte Flächen ortsnah durch Entsiegelung ausgeglichen werden. Zusätzlich braucht es eine Renaturierungsoffensive. Durch diesen Maßnahmenkatalog werden nicht nur landwirtschaftliche Flächen geschützt und Naturschutz sichergestellt: die Vermeidung von Flächenversiegelung ist auch ein zentraler Baustein im Hochwasserschutz.

Antwort der CDU:

Die Flächenversiegelung macht uns gerade im städtischen Umfeld nachhaltig Sorgen. Hier im Südkreis sehen wir dies z. B. in Erkrath, wo der Stadtweiher aufgrund der Flächenversiegelung in den 1970er Jahren nun nicht mehr in seiner ursprünglichen Form wiederherstellbar erscheint.

Für mich erscheint es daher wichtig, in unseren Kommunen eine moderne Bauplanung zu ermöglichen, die Flächenversiegelung vermeidet oder diese sogar reduziert. Dazu hat die CDU bereits auf Bundesebene im parteiinternen Bundesausschuss Umwelt entschieden, die Kommunen beim Kompetenzaufbau und durch entsprechende Förderprogramme zu unterstützen. Dafür möchte ich mich in Berlin auch einsetzen.

Antwort Die Linke:

Wir möchten den mehrgeschossigen Wohnungsbau voranbringen und besonders den Sozialen Wohnungsbau fördern und die Mieten bundesweit Deckeln.

Frage 3:
„Wie stellt Ihre Partei sicher, dass flächendeckendes Internet und Empfang im ländlichen Raum gewährleistet wird?“ (Wichtigste Stichpunkte oder 1 Satz)

Antwort der AFD:

Ausbau der digitalen Infrastruktur:

- Flächendeckende Glasfaseranschlüsse und leistungsfähiges Mobilfunknetz
- Förderung der regionalen Strukturen nach dem Vorbild des „nationalen Roamings“,
- Netzübergang zwischen Betreibern muss für Nutzer unbemerkt und kostenneutral erfolgen

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Das Internet im ländlichen Raum darf kein Internet zweiter Klasse bleiben, deshalb muss hier massiv und vor allem zeitnah viel Geld in den Ausbau und die Verbesserung investiert werden!

Antwort der CDU:

Wie unter Antwort 1 beschrieben, stehen 15 Mrd. Euro für den massiven Ausbau der Gigabit-Anschlüsse und des 5G-Netzes bis 2025 bereit, weshalb ich optimistisch bin, dass wir auch mit Unterstützung lokaler Partner einen starken Fortschritt in diesem Bereich in den nächsten Jahren erfahren werden.

Antwort Die Linke:

Ebenso wie beim ÖPNV wollen wir in den Ausbau des Digitalen Netzes investieren, diesbezüglich ist sehr viel Nachholbedarf.

Frage 4:

„Welche 3 Aspekte zum Thema Mobilität im ländlichen Raum sind Ihrer Partei wichtig?“ (Stichpunkte)

Antwort der AFD:

- Freiheit des Bürgers zur Wahl des Verkehrsmittels- individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben
- Deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten (technologieoffene Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene, Erhalt des Verbrennungsmotors bis technischer Fortschritt und Markt diesen durch andere Antriebsformen ablöst, keine Verbotspolitik)
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auch im ländlichen Raum

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

- Antriebswende hin zur Elektromobilität
- Attraktive Alternativen
- Mobilität ist ein Grundrecht und muss für jede und jeden erschwinglich sein.

Antwort der CDU:

- Individualität
- Flexibilität
- Umweltfreundlichkeit

Menschen sollen so mobil sein, wie sie es möchten. Dabei ist uns die Wahlmöglichkeit zwischen den Verkehrsangeboten genauso ein Anliegen wie deren Vernetzung und Digitalisierung.

Antwort Die Linke:

Besserer (Qualität), schnellerer (Taktung) und baldmöglichst kostenloser Nahverkehr.

Frage 5:

„Was sind die drei wesentlichen Forderungen Ihrer Partei um dem Klimawandel entgegen zu wirken?“ (Stichpunkte)

Antwort der AFD:

- Anpassung an veränderte Bedingungen statt einem aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas (jüngste Erwärmung liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, zudem ist der Einfluss Deutschlands am weltweiten CO₂ Ausstoß marginal)
- nein zur kompletten Dekarbonisierung, Kündigung des Pariser Klimaabkommens, keine CO₂- Besteuerung, kein Green Deal

- sichere und günstige Energieversorgung, Energiemix aus Kernenergie, Gasversorgung (Fertigstellung Nord Stream 2) und Kohlekraftwerken

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

- Kohleausstieg 2030
- Klimaschutzministerium mit Vetorecht
- Investitionsoffensive zur Dekarbonisierung der Industrie

Antwort der CDU:

Ausbau der erneuerbaren Energien und Beschleunigung der Infrastrukturprojekte in diesem Bereich zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2045.

Stärkung des Emissionshandels und globaler Ausbau
Einsatz der bundeseigenen Mittel in der Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik zur weltweiten Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Einhaltung der Klimaziele.

Antwort Die Linke:

Die Ziele des Pariser Abkommens schnellstmöglich -sozial ökologisch- einhalten.
Raus aus der Energiegewinnung durch Kohle bis 2030.
Klimaneutralität bis 2035.

Frage 6:

„Wie steht Ihre Partei zu Wölfen, die die landwirtschaftliche Nutztierhaltung und die Sicherheit der Bürger*innen bedrohen?“

(Wichtigste Stichpunkte oder 1 Satz)

Antwort der AFD:

Wolfspopulation intelligent regulieren:

- Einstieg in eine Bestandsregulierung und die Ausweitung von wolfsfreien Gebieten
- Interessen der Weidetierhalter mit denen des Naturschutzes gleichstellen

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Die Bedrohung durch den Wolf ist in den letzten Jahren massiv angestiegen und bedroht gerade Weidetierhalter, die ihre Tiere gut halten. Sie müssen ernstgenommen werden, indem ausreichend entschädigt wird, Unterstützung beim Herdenschutz durch z.B. ausreichend hohe Zäune geleistet wird und indem staatliche Stellen als letzte Option auffällige Wölfe entnehmen.

Antwort der CDU:

Um unsere Weide- und Nutztierhaltung zu sichern, setzt sich die CDU dafür ein, dass der strenge Schutzstatus des Wolfs im europäischen Naturschutzrecht überprüft und angepasst wird, da der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation in einer Reihe von Bundesländern schon erreicht ist und hier die Option für ein aktives Wolfsmanagement eröffnet werden muss, das die Wolfspopulation langfristig sichert, aber das Anwachsen der Population auf ein insgesamt akzeptables Niveau bringt.

Antwort Die Linke:

Ich persönlich kann einige Bedenken nachvollziehen. Opfer von Wölfen müssen angemessen entschädigt werden und Maßnahmen zum Schutz von Herden müssen stärker bezuschusst werden.

Frage 7:

„Welche drei Aspekte aus Ihrem Wahlprogramm wollen Sie nochmal gesondert hervorheben?“ (Stichpunkte)

Antwort der AFD:

/

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Wir investieren in eine lebenswerte Zukunft. Insgesamt sollen in diesem Jahrzehnt pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden.

Wir entlasten kleine und mittlere Einkommen deutlich. Gleichzeitig glauben wir, dass starke Schultern mehr beitragen können.

Wir stehen für eine klare Haltung gegen rechts, für Vielfalt und Toleranz und für eine lebendige und transparente Demokratie.

Antwort der CDU:

Neustart nach der Pandemie: Wir müssen jetzt mit Entfesselung von Bürokratie der Wirtschaft neuen Schwung geben und sie nicht durch Verbote und Steuererhöhungen geißeln. Zudem müssen wir die Rahmenbedingungen für private und öffentliche Investitionen verbessern. Nur so stärken wir den langfristigen Wachstumspfad unserer Wirtschaft.

Ökonomie und Ökologie gemeinsam denken: Wir wollen ein starkes Industrieland bleiben, aber klimaneutral. Dafür müssen wir in der Klimafrage global denken und lokal handeln.

Sicherheit garantieren: Die Möglichkeiten zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Bund und Ländern müssen voll genutzt werden. Insbesondere dort, wo Bund und Länder in Angelegenheiten der Sicherheit des Bundes zusammenarbeiten, braucht es bei komplexen Struktur- und Ermittlungsverfahren auch eine stärkere Koordinierung, etwa im Kampf gegen die Feinde unserer Verfassung, gegen Terroristen, in der Abwehr von Gefahren aus dem Cyberraum oder bei bundesweiten, auch digitalen, Katastrophenfällen.

Antwort Die Linke:

- Wir wollen die sozial ökologische Klimawende und Klimagerechtigkeit (die verursachende Industrie von massivem CO₂ Ausstoß, sollen die Kostensteigerung tragen). Umsetzung des Bergrechtes, Renaturierung von Flächen, die durch den Kohleabbau geschädigt wurden, durch die Verursacher.
- Den flächendeckenden Ausbau des ÖPNV mit Fahrzeugen und zusätzlichem Personal.
- Pflege und Krankenversorgung muss in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Wir wollen eine soziale Gesundheitsversicherung in die ALLE einzahlen, Pflege soll kostenlos für die Betroffenen sein.